

Mit Sicherheit in Nato und EU?

Aus polnischen Zeitschriften und Zeitungen, 2. Halbjahr 2005

Kai-Olaf Lang

Polen scheint fest vertäut im sicheren Hafen des Westens, denn mit der Aufnahme in EU und Nato hat das Land seine außen- und sicherheitspolitischen Fundamentalziele erreicht. Die gefühlte Sicherheit erlaubt jedoch keine gelassene Sorglosigkeit und erst recht keinen sicherheitspolitischen Optimismus. Dies zeigt sich auch in den Überlegungen, die polnische Experten in den vergangenen Monaten zum Thema Sicherheit anstellten. Sei es die westliche Sicherheitsarchitektur in toto oder Europas Sicherheits- und Verteidigungspolitik – Ungewissheit macht sich breit. Zu sehr, so der Tenor, habe man sich auf die formelle Mitgliedschaft in EU und Nato fixiert und sich zu wenig Gedanken über die Substanz und die Rahmenbedingungen dieser Mitgliedschaft gemacht. Auch der Blick über den Atlantik hilft nicht unbedingt weiter. Die Diskussion über eine mögliche Teilnahme Polens an der US-initiierten Raketenabwehr bringt beachtliche Zwiespältigkeiten zum Vorschein – in den Urteilen über einen solchen Schritt, aber auch generell über einen möglichen polnisch-amerikanischen Sonderbund.

Olaf Osica, Sicherheits- und Europaexperte vom Europäischen Zentrum Natolin in Warschau, setzt genau hier an.

Sicherheitsgemeinschaften in beunruhigendem Wandel

Warum eigentlich fühlt sich Polen weiter oder wieder verunsichert? Warum ist Polen »weder sicher noch bedroht«? In der von Natolin im vergangenen Jahr erstmals herausgegebenen Zeitschrift *Nowa Europa* liefert Osica unter dem Titel »Sicherheitsgemeinschaft oder Koalitionen der Willigen?« eine klare Antwort. Nicht ein mani-

chäisches Weltbild, nicht eine panische Furcht vor einer Gefahr aus dem Osten verberge sich hinter Polens Unrast: »Die Quelle der polnischen Befürchtungen ist der Westen.« Polen sei zu der Überzeugung gelangt, dass seine Vision der Sicherheit immer noch nicht im Bewusstsein und in der politischen Praxis Westeuropas verwurzelt sei. Doch dies ist nicht der eigentliche Punkt in Osicas Diagnose. Im Kern habe Polen sich auf die *Mitgliedschaft* in Nato und EU fixiert, habe den Beitritt zu beiden Organisationen als Ziel seiner Außen- und Sicherheitspolitik begriffen, aber vergessen, dass es sich bei ihnen nur um (politischem Wandel unterworfenen) Institutionen, um

Instrumente seiner Außenpolitik handle. Darüber habe man die Sicherung von Vertrauen, Solidarität, gemeinsamer Aufmerksamkeit und der Fähigkeit, gemeinsam auf die Bedürfnisse der Partner zu reagieren, aus den Augen verloren. Darum nämlich sei es Polen bei seiner Flucht aus dem Niemandsland gegangen, bei seinem Streben, immanenter Bestandteil der Geopolitik des Westens zu werden. Die so definierte *Sicherheitsgemeinschaft* sei das Ziel der polnischen Politik, das *mit Hilfe* von Nato und EU realisiert werden solle. Doch ebendiese Sicherheitsgemeinschaft wandle sich, ja sei in Frage gestellt. Polens Ziel, so Osica, sei daher nicht nur nicht erreicht worden, sondern scheine sich sogar auf gefährliche Weise zu entfernen.

Warum? Osica beobachtet einen mit der Irak-Krise manifest gewordenen Konflikt zweier konkurrierender Sicherheitskonzepte: zwischen der amerikanischen Weltanschauung, die deutlich in »Gut und Böse« unterscheidet und internationale Institutionen und Völkerrecht durch das Prisma ihrer Effizienz bei der Konfliktlösung wahrnehme, und dem verhandlungsorientierten deutsch-französischen Plan einer Weltmacht Europa. Beide Konzepte aber, und das ist der Kardinalpunkt in Osicas Analyse, ähnelten sich in einem: Sie rückten zusehends von der Idee der Solidarität als Leitvorstellung der jeweiligen Sicherheitsgemeinschaft ab. Unter Rekurs auf die Terminologie Karl Deutschs sieht Osica eine Verschiebung von »responsiveness« zu »power« – die Rückkopplung mit den Erwartungen der Partner verschwinde immer mehr hinter der nicht zuletzt an Machtressourcen gebundenen Fähigkeit, externen Herausforderungen zu begegnen. Dies werde nicht nur beim amerikanischen Konstrukt der »coalitions of the willing« augenfällig, sondern eben auch bei der europäischen Verteidigungspolitik. Nicht von ungefähr sei es im europäischen Verfassungsvertrag zu einer »Separation« unterschiedlicher Sicherheitsaspekte gekommen, habe man die auf terroristische Anschläge bezogene Solidaritätsklausel von

der allgemeinen Verteidigungsklausel abgetrennt, diese wiederum von den Petersberg-Missionen losgelöst. In der Praxis werde die gemeinsame Verteidigungspolitik durch Petersberg-Missionen und die militärischen Fähigkeiten der größten Mitglieder bestimmt – wie im Fall der Nato. Für Union wie Allianz gilt daher: »Schwache Kapazitäten bedeuten ein Verbleiben in der zweiten Reihe und das Unvermögen, die Gemeinschaft für die eigenen Interessen zu mobilisieren.«

Wie und wo soll sich Polen einbringen, wenn es dem Dilemma gegenübersteht, dass es seinen Wunsch, den solidarischen Funktionsmodus der westlichen Sicherheitsgemeinschaft zu revitalisieren, durch das Engagement in amerikanischen oder europäischen Koalitionen untergräbt? Osica setzt auf die europäische Option. Das durch die Abstimmungen in Frankreich und den Niederlanden ausgelöste Fiasko biete eine Chance für mehr Responsivität in der EU, zwingt die Union zu einer Neubewertung der Gemeinschaft und zu einer Absicherung der europäischen Integration auf einem breiteren politischen Fundament. Eine ähnliche Chance sei bei der Nato nicht in Sicht, obwohl die amerikanische Strategie gegenüber dem Irak »eine Niederlage erlitt, die derjenigen des Tandems Paris-Berlin nach den gescheiterten Verfassungsverferenden gleicht«. Osicas Rezept lautet daher: Die Erneuerung der atlantischen Gemeinschaft muss durch die Schaffung einer europäischen Sicherheitsgemeinschaft erfolgen. Dies erfordere auch einen Kurswechsel in der polnischen Außenpolitik. Die bislang von Warschau präferierte umgekehrte Strategie – also der Versuch, die Allianz mit den USA für eine Neubelebung der politischen Solidarität in Europa zu nutzen – sei unproduktiv. Allein schon deswegen, weil Polens Einfluss auf Washington »gleich null« sei. Demgegenüber sei eine polnische Mitgestaltung der europäischen Verteidigungspolitik »höchst real«, schließlich könnten weder London noch Paris oder Berlin ihre eigene Sicherheit oder jene Europas ausreichend garan-

tieren. Und außerdem verhinderten Geographie und die wirtschaftlich-politische Integration Europas, dass die übrigen Verbündeten gänzlich ignoriert würden.

Kritisches Engagement in der ESVP

Wie Polens Engagement in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) aussehen soll, damit beschäftigen sich die im folgenden vorgestellten Beiträge. **Przemysław Żurawski** vel **Grajewski**, Olaf Osicas Kollege vom Europa-Zentrum Natolin, schreibt in der *Nowa Europa* über die Perspektiven der ESVP und Polens Interessen an ihr. Der Diplomat **Krzysztof Miszczak** – jetzt an führender Position in der Kanzlei des polnischen Premierministers tätig und durch zahlreiche Publikationen zum Thema internationale Sicherheit ausgewiesen – konfrontiert in der Vierteljahresschrift *Sprawy Międzynarodowe* die Haltungen Deutschlands und Polens zur europäischen Sicherheitspolitik.

Żurawskis Darstellung der ESVP strahlt wenig Zuversicht aus. Abgesehen von den hinlänglich bekannten Mankos in puncto Finanzen und Fähigkeiten werde die ESVP durch drei wichtige politische Faktoren beeinträchtigt: das Fehlen einer europäischen Hegemonialmacht, die politische Führung sichern könnte; die Heterogenität der sicherheitspolitischen Prioritäten der Mitgliedstaaten; und die Nichtexistenz eines »europäischen Ethnos«, eines politischen Zusammenhangs, der im Geiste eines »europäischen Patriotismus« die notwendige öffentliche Unterstützung für das außenpolitische Handeln der EU anbieten würde. Vor diesem mangelbehafteten Hintergrund skizziert Żurawski Polens Interessenlage in der ESVP. Diese resultiere aus einem der übergeordneten außenpolitischen Ziele des Landes: der Wahrung einer starken Rolle der USA in den euroatlantischen Sicherheitsstrukturen und enger Beziehungen zwischen EU und Nato, zu denen es nur die Alternative einer deutsch-französischen Dominanz mit enger

Anlehnung an Russland gebe. Konkret heiße dies erstens, Polen müsse die sich ständig neu bildenden Strukturen von ESVP und Gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) ebenso wie die außenpolitischen Prioritäten der EU aktiv mitgestalten. Zweitens solle Polen die Beziehungen EU–USA sowie EU–Nato im Sinne einer Kohäsionssicherung der euroatlantischen Sicherheitsstrukturen beeinflussen. Drittens müsse Polen darauf hinwirken, dass die ESVP zu einem Instrument des *burden sharing* zwischen der USA und der EU wird. Und viertens habe Polen den Bestrebungen entgegenzutreten, durch »strukturierte Kooperation« innerhalb der EU eine exklusive Verteidigungsunion entstehen zu lassen. Maxime der polnischen Position solle dabei der Grundsatz der polnischen Verfassung von 1505 sein: *nihil novi sine communi consensu* – nichts Neues ohne die Zustimmung aller!

Was kann Polen durch die ESVP gewinnen? Żurawski sieht die Sicherheitsinteressen seines Landes auf den Osten gerichtet. »Der Eckstein der gesamten Konstruktion ist die Unabhängigkeit der Ukraine.« Im Hinblick auf diesen so zentralen Nachbarn sei aber nicht die ESVP ausschlaggebend, sondern die nichtmilitärische Dimension der GASP, also diplomatische und finanzielle Unterstützung sowie das wirtschaftliche Engagement der Gemeinschaft in deren direkter Nachbarschaft. Der im Rahmen der ESVP avisierte Stabilitätsexport betreffe hingegen Regionen, die Polens Sicherheitsinteressen nicht berührten, denn in der Nähe der polnischen Grenzen existiere keine Bedrohung, die Grund zur militärischen Intervention geben würde. Polens Beteiligung in derlei Operationen könne lediglich damit begründet werden, dass es auf diese Weise einen moralischen, politischen und rechtlichen Titel erhalte, bei anderen Gesichtspunkten der GASP mitzuentcheiden. Wichtig sei, dass die EU bei der Weiterentwicklung der ESVP technische Voraussetzungen schaffe, die die gemeinsame militärische Intervention mit den USA ermöglichen.

Insgesamt solle Polen die Fortentwicklung der ESVP unterstützen und seine Präsenz in allen Entscheidungsmechanismen ausbauen. Aus dieser Konstruktion würde ohnehin wohl »nie ein wirksames Instrument einer Militärpolitik der EU« werden, was den Interessen Polens auch gar nicht entspreche. Polen könne hingegen bei der Streitkräftemodernisierung durch Rüstungskoooperation und Technologietransfer, vor allem aber durch zusätzliches Gewicht in der GASP durchaus Nutzen aus seiner Involvierung in die ESVP ziehen. Eventuell könne über die ESVP auch die Ukraine der EU angenähert werden, indem etwa beim Aufbau europäischer Interventionsfähigkeiten auf ukrainische Lufttransportkapazitäten oder Weltraumtechnologie zurückgegriffen würde. Wer hingegen hoffe, die ESVP könne dereinst ein Instrument zur Beilegung militärischer Krisen in aus polnischer Sicht relevanten Regionen werden, täusche sich gewaltig. Dem würden allein schon die unzureichenden materiellen Fähigkeiten entgegenstehen – und erst recht der Unwille, im Falle eines Falles einen politisch-militärischen Konflikt mit Russland einzugehen.

Aufgeschlossener und weniger utilitaristisch als Żurawski, doch nicht minder fordernd und kritisch, setzt sich **Krzysztof Miszczaks** mit Polens Rolle in der europäischen Sicherheitspolitik auseinander. Miszczak konfrontiert Polens Verhältnis zur sicherheitspolitischen Dimension der EU mit jenem Deutschlands. Nicht ohne eine gehörige Portion Kritik zeichnet er die großen Etappen nach, die Deutschlands Sicherheitspolitik seit 1989 durchlaufen hat – von der »Normalisierung« der deutschen Außenpolitik über ein von ihm ausgemachtes »Ende der Zivilmacht« zu Beginn des laufenden Jahrzehnts bis hin zur Positionierung der Bundesrepublik bei den sicherheitspolitischen Themen im Kontext. Miszczak stellt fest, dass die Schaffung von GASP und ESVP als Scharnieren zwischen dem europäischen Integrationsprozess und der transatlantischen Sicherheitskooperation zu den Kernanliegen der

deutschen Politik nach der Vereinigung gehört habe. Doch dann seien Neuerungen gekommen – nachdem die zentrale Rolle des Nordatlantikpakts im transatlantischen Diskurs in Frage gestellt worden sei, habe Berlin nach einem »partnerschaftlichen Transatlantismus« und einem neuen Dialog zwischen USA und EU gesucht. Anders als Polen – wäre hinzufügen.

Doch es ist eben nicht nur das Verhältnis zu den USA, das für Differenzen bei der deutsch-polnischen Sicherheitskooperation sorgt (und damit auch auf die Entwicklung von GASP und ESVP durchschlägt). Mit seinem Sicherheitsverständnis, so Miszczak, stünde Polen im Grunde Frankreich näher als Deutschland. Dies betreffe etwa die Bedeutung, die den Nationalstaaten in der EU zugemessen wird, aber auch das instrumentelle Verhältnis zur Union. Europa sei für Polen eine Art *power multiplier*, fungiere, wie auch für Frankreich, als Trampolin nationaler Belange und Ambitionen. Überdies unterscheide Deutschland und Polen ihr Verhältnis zur staatlichen Souveränität: Für Polen sei die Maximierung seiner nationalen Sicherheit unter Aufrechterhaltung weitreichender Souveränität eine *Conditio sine qua non* seiner Außenpolitik. Deutschland hingegen wolle seine Sicherheit durch weitergehende Integration maximieren. Bislang sei es in der GASP daher auch lediglich zu einer »komplizierten Partnerschaft« Polens mit Deutschland gekommen.

Ungeachtet aller Divergenz und Vorbehalte gegenüber einem selbstbewussten westlichen Nachbarn hält Miszczak jedoch am Ja zur ESVP und am Ja zur deutsch-polnischen Zusammenarbeit auf sicherheitspolitischem Gebiet fest. Ob sich eine solche Kooperation durchsetzt, hänge nicht zuletzt davon ab, inwieweit die Eliten Deutschlands Verantwortung für das gemeinsame Schicksal Europas übernehmen und eine positive Einstellung gegenüber ihren Verbündeten zeigen.

Unter Amerikas Schild?

Als Polens neue Regierung im November letzten Jahres ihr Programm präsentierte, ließ ein Punkt im außenpolitischen Kapitel aufhorchen: Polen, hieß es darin, sei weiterhin bereit, an dem von den Vereinigten Staaten initiierten System zur Raketenabwehr teilzunehmen. Die Medien im In- und Ausland legten schnell nach. Vertrauliche Verhandlungen zwischen Washington und Warschau liefen angeblich bereits seit mehreren Jahren, amerikanische Experten sollen längst Ausschau nach einem geeigneten Standort für die Installierung von Komponenten des Systems gehalten haben. Ministerpräsident Marcinkiewicz wiegelte umgehend ab und beteuerte, es seien noch keine Entscheidungen gefallen. Nicht zuletzt wolle er eine öffentliche Debatte darüber anregen, ob in Polen eine amerikanische Raketenbasis gebaut werden soll. Dies zumindest ist ihm gelungen. Bis in die Tagespresse hinein meldeten sich Fachleute zu Wort, die sich nicht nur zu einer eventuellen polnischen Involvierung in das *Missile Defense*-Vorhaben (kurz MD) äußerten, sondern auch grundsätzliche Überlegungen zu den polnisch-amerikanischen Beziehungen und der sicherheitspolitischen Verkopplung beider Länder anstellten.

Roman Kuźniar, Leiter des Polnischen Instituts für Internationale Angelegenheiten, hat nie einen Hehl daraus gemacht, dass er eine übermäßig enge sicherheitspolitische Anbindung Polens an die Vereinigten Staaten für falsch hält. Es überrascht wenig, dass er, wie in einem Artikel für die liberale Tageszeitung *Gazeta Wyborcza*, auch in Sachen Raketenabwehr eine skeptische und reservierte Haltung einnimmt. Wie viele andere stellt auch Kuźniar die Sinnhaftigkeit und Effizienz der MD prinzipiell in Frage. Vor allem aber weist er auf – aus seiner Sicht – problematische Konsequenzen für die weltweite Sicherheit hin. Einerseits werde der Schutzschild unausweichlich einen Rüstungswettlauf in jenen Ländern stimulieren, die sich, wie insbesondere China, vor einer massiven

strategischen Überlegenheit der USA fürchten. Andererseits werde der Glaube an die Wirksamkeit der Raketenabwehr den Akteuren in Washington ein Gefühl der »Unbestrafbarkeit« geben und ihre Neigung verstärken, sich offensiv militärischer Mittel zu bedienen. Bereits der »irakische Alptraum« sei eines der Resultate eines solchen Verständnisses von Sicherheit, doch mit MD könnten die USA möglicherweise endgültig der »Versuchung eines permanenten Interventionismus« erliegen. Insgesamt sei daher das Vorhaben Raketenabwehr ein »deutlicher Rückfall in Schemata des Kalten Kriegs«.

Wie sieht vor diesem Hintergrund Polens sicherheitspolitische Interessenlage aus? Kuźniar lässt keinen Zweifel: »Bei diesem ›Geschäft‹ haben wir nichts zu verdienen. Unsere Sicherheit erfordert keine Beteiligung an diesem System.« Denn in der voraussehbaren geostrategischen Situation reiche die Mitgliedschaft in Nato und EU vollkommen aus. Polen sei nicht mit Bedrohungen konfrontiert, die mittels eines Anti-Raketenschildes abgewehrt werden müssten. Im Gegenteil: Nach der Aufstellung von Radarstationen oder Abschussbasen könnte Polen Ziel von Staaten werden, gegen die die USA im Schutze des MD-Schirms militärisch vorgehen.

Auch den Verweis auf die sicherheitspolitische Sonderbeziehung zu den USA lässt Kuźniar nicht gelten. Schließlich könne Polen sich auf die USA deswegen verlassen, weil es ein loyaler Verbündeter in der Nato und ein Mitglied der transatlantischen Familie freier Nationen sei und nicht etwa weil es sich zu einem »unsinkbaren Flugzeugträger« machen lasse, zu einer Art »USS Poland«. Wenn dem so sei, müsse sich nicht Warschau, sondern Washington darum bemühen, Elemente des Schutzschildes auf polnischem Territorium zu stationieren. Eine Zustimmung wiederum müsse von spürbaren Vorteilen und von verbesserten Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Nutzung der polnischen Komponente abhängig gemacht werden.

Im Gegensatz zu Kuźniar steht **Zbigniew Lewicki** der Vorstellung einer polnischen Einbindung in die Raketenabwehr uneingeschränkt positiv gegenüber. In seiner Replik auf Kuźniars Text widerspricht der Amerikanist von der Warschauer Universität bereits der Einschätzung der strategischen Implikationen der *Missile Defense* durch den Sicherheitsexperten. So könne keineswegs die Rede von einer Rückkehr zur Logik des Kalten Krieges sein. Denn MD sei konzipiert, um einzelne Raketen abzufangen, wäre aber gegenüber einem koordinierten Angriff von Trägersystemen mit Hunderten oder Tausenden Sprengköpfen wirkungslos.

Und Polen? Lewicki nimmt die MD-Problematik zum Anlass, sich grundlegender mit den polnisch-amerikanischen Beziehungen auseinanderzusetzen. Einer der zentralen Schwachpunkte in der Argumentation Kuźniars und zahlreicher anderer polnischer Stimmen sei, dass sie Kooperationsofferten an Washington von deren unmittelbarem Nutzen abhängig machten. Warum auch sollte Polen von dieser Politik des Quidproquo abrücken? Lewicki ist unmissverständlich: »Polens Sicherheit ist uns nicht für alle Zeiten gegeben. Selbst die Mitgliedschaft in der Nato, die sich in Kürze fast über ganz Europa erstreckt, reicht für sich allein nicht mehr aus, die Furcht vor möglichen Bedrohungen zu zerstreuen.« Da ist sie wieder, die alt-neue polnische Verunsicherung. Für sie gibt es nur einen Ausweg: »Wir müssen die bilateralen Beziehungen mit dem einzigen Staat sorgfältig kultivieren, der bereit war und in Zukunft bereit sein kann, auf unserer Seite zu stehen, wenn es nötig ist.« Polen solle sich also aktiv um die Stationierung von Elementen der MD bemühen. Hierdurch werde nicht nur die amerikanische Militärpräsenz »in diesem Teil der Welt« gesichert, sondern auch die Position Polens als bedeutender Partner der USA gefestigt.

Lewicki mag die in Polen vorherrschende Stimmung treffender repräsentieren als der sicherheitspolitische Nonkonformist Kuźniar. Doch ist auch Kuźniar nicht allein

auf weiter Flur. Dies zeigt unter anderem die dritte in der *Gazeta* zu Wort kommende Stimme. Für **Marcin Kaczmarski**, einen jungen Politologen von der Warschauer Universität, stellt sich mit der Frage der Stationierung von Elementen der amerikanischen Raketenabwehr letztlich die Frage nach der Zukunft der polnischen Außen- und Sicherheitspolitik. Auch Kaczmarski hält mit seinem Misstrauen gegenüber Washington nicht hinter dem Berg. Den USA gehe es nämlich – ähnlich wie Russland – darum, Europa in einem Zustand der strategischen Schwäche zu halten. Die Dislozierung des Anti-Raketenschildes in einem oder mehreren europäischen Staaten würde insofern die Herausbildung einer kohärenten europäischen Sicherheitspolitik weiterhin blockieren.

Riskant sei aus polnischer Sicht vor allem, dass die von den USA lancierte Raketenabwehr neue Spaltungstendenzen in Europa und Erosionseffekte für die transatlantische Gemeinschaft zur Folge haben werde. So habe die Bush-Administration das Projekt *National Missile Defense* umbenannt in *Missile Defense*, um die Verbündeten der USA ins Boot zu holen. Doch habe Washington schließlich von der Idee Abstand genommen, das System im Rahmen der Nato zu errichten. Beteiligte sich Polen am Anti-Raketen-Programm, schwächte es mithin sowohl die Nordatlantische Allianz als auch die transatlantischen Beziehungen. Wenn Polen immer wieder durch »kritiklose Unterstützung der USA« an der politischen Entzweiung Europas mitwirke, dürfe es sich nicht darüber beschweren, »dass Deutschland dasselbe mit Russland macht«.

Kaczmarski geht noch weiter. Polens blindes Vertrauen in das Bündnis mit den USA erinnere an den Glauben an die Schützenhilfe Frankreichs und Großbritanniens im Jahr 1939. Es sei indes zu bedenken, dass die polnisch-amerikanischen Beziehungen angesichts unterschiedlicher Interessen und Potentiale alles andere als partnerschaftlich seien. Selbst bei wesentlich wichtigeren Verbündeten hätten die USA nicht davor zurück-

gescheut, in entscheidenden historischen Momenten im Sinne ihrer Eigeninteressen zu handeln. So habe sich Washington während der Suez-Krise über die Köpfe der Europäer hinweg mit Moskau verständigt und Paris und London zur Aufgabe ihrer weltpolitischen Ambitionen gezwungen.

Die Forderung nach einer polnischen Einbindung in die MD-Strukturen entspringe lediglich *einer* Quelle – der fortexistierenden permanenten Russland-Furcht. Nach wie vor konzentriere sich Polens Außenpolitik auf eine potentielle Bedrohung seitens des Kremls. »Für uns hat sich in den letzten 14 Jahren nichts geändert. Wir haben in Angst vor Russland gelebt – ungeachtet dessen, ob dort Demokratie oder Autoritarismus aufgebaut wurde.« Ähnlich dem traumatisierten Frankreich nach dem Ersten Weltkrieg wolle Polen eine (diesmal kosmische) Maginotlinie errichten.

Es sei unstreitig, dass Polens Sicherheit nicht für alle Zeit garantiert sei. Doch der Schlüssel für deren langfristige Festigung liege nicht in Washington, sondern jenseits der polnischen Ostgrenze. Polen solle also nicht bei der Weltpolitik seines »amerikanischen Patrons« assistieren, sondern die eigene Sicherheit durch aktive Hilfe für die Ukraine und deren Einbindung in die Strukturen des Westens fördern.

Doch gibt es nicht nur entschlossene Opponenten und uneingeschränkte Befürworter. Kühler und ausgewogener ist das Urteil zweier Beobachter, die sich in der konservativen Zeitung *Rzeczpospolita* zu Wort melden. Für **Maria Wagrowska** vom Warschauer Zentrum für Internationale Beziehungen (CSM) gibt es viele Argumente für und gegen die Stationierung von MD-Elementen in Polen. Komme man in Warschau aber zu dem Schluss, dass eine solche Maßnahme im polnischen Interesse liege, solle Polen mit den USA ein »strategisches Abkommen« schließen. Ein solches Abkommen würde weit über eine bloße Militärkooperation oder Zusammenarbeit bei der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen hinausgehen. Das

gesteigerte Risiko, das Polen durch eine Installation der Raketenabwehr eingehe, müsse seinen Preis haben. Und da die USA in der Außen- und Sicherheitspolitik weder zu wirtschaftlichen Zugeständnissen noch zu Visa-Erleichterungen oder einem verbesserten Technologietransfer bereit seien, müsse Polen daran gelegen sein, durch ein allfälliges Abkommen über MD sicherheitspolitischen »Mehrwert« zu generieren.

Doch eine solche Konstruktion sei nicht ohne Risiken. Ein polnisch-amerikanischer Sonderbund entspräche zwar der Politik der Supermacht, doch würde er zur Verwässerung der Nato und schließlich zur Lockerung der transatlantischen Bindung führen. Daher müsse Polen bei seinen Überlegungen zur MD die Beziehungen zwischen den USA und der Nato von Anfang an mitberücksichtigen.

Ähnlich wie Maria Wagrowska betont auch der bereits eingangs angeführte **Olaf Osica**, dass Polen, sofern es sich in die Raketenabwehr eingliedere, nachdrücklich auf deren Anbindung an die Nato drängen müsse. Anders als seine Kollegin vom CSM fordert Osica keine allgemeinen politischen Verteidigungs- und Schutzgarantien von den USA, sondern konkrete institutionelle und finanzielle Verpflichtungen.

Osica bettet seine Erwägungen in eine grundsätzlichere Reflexion der polnisch-amerikanischen Beziehungen ein. Polens Zustimmung zur Stationierung der Raketenabwehr, so Osica in der *Rzeczpospolita*, hätte vor allem eine Folge: Polen würde Bestandteil des nationalen Verteidigungssystems der USA, die USA Teil des polnischen. Die Disproportionalität zwischen beiden Ländern könne indes dazu führen, dass die durch ein solches gemeinsames Projekt bewirkte Konsolidierung des bilateralen Verhältnisses in eine dauerhafte Abhängigkeit vom stärkeren Partner umschlägt – zumal Polens Beziehungen zu den USA durch eine Reihe von Besonderheiten, ja Defiziten geprägt seien.

Erstens entbehrten die gegenseitigen Beziehungen einer soliden institutionellen Abstützung. Weder existiere in Polen (wie

in Deutschland) ein Koordinator für die Beziehungen zu den USA noch ein ständiges Kooperationsforum, bei dem sich Politiker und Fachleute aus beiden Ländern mit politischen und wirtschaftlichen Fragen beschäftigten, die über den bilateralen Rahmen hinausgehen. Die militärischen und zivilen Beschaffungsmaßnahmen für Polens Luftfahrt (F-16-Kampfflzeuge für die Luftstreitkräfte, Boeing-Passagerflugzeuge für die Fluggesellschaft LOT) hätten bislang keine größeren US-Investitionen an der Weichsel nach sich gezogen. Und die ausschließlich von betriebswirtschaftlichen Kalkulationen bestimmten amerikanischen Investitionen entsprächen in keiner Weise dem Charakter der politischen Beziehungen.

Zweitens fehle es in Polen – trotz unbestrittener Bewunderung für die Vereinigten Staaten – an ausreichendem Wissen über den großen Partner. So existiere in Polen etwa kein entwickeltes regierungsunabhängiges Netzwerk, in dem nachhaltig Amerika-Expertise kultiviert werde.

Da bislang weder bei wirtschaftlicher noch bei wissenschaftlicher Zusammenarbeit große Fortschritte erzielt wurden, habe Polens Bemühen um einen Erfolg in den bilateralen Beziehungen zu einer unverhältnismäßig starken Konzentration auf Sicherheits- und Verteidigungsfragen geführt. Unverhältnismäßig deswegen, weil sich trotz zahlreicher gemeinsamer Herausforderungen die Sicherheitslage Polens von jener der USA unterscheide. Während sich Polen in der besten geopolitischen Situation seit 200 Jahren befinde, sei Amerika trotz weltweiter Dominanz in einer der schlechtesten. Denn das Land habe mit einem Feind ohne Territorium und ohne Gesicht zu tun. Folglich gebe es keinen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Sicherheit beider Länder. Eine verbesserte sicherheitspolitische Situation der USA müsse nicht zwangsläufig zu mehr Sicherheit Polens führen und umgekehrt. Kein Wunder also, dass Osica angesichts solcher Defizite und Inkongruenzen für den Fall einer irreversiblen Integration in

das Verteidigungssystem der USA (also bei einer Installation der Raketenabwehr in Polen) die anfangs erwähnten Bedingungen stellt, also letztlich die Geltendmachung der polnischen Interessen fordert.

Besprochene Aufsätze

Kaczmarek, Marcin, »Tarcza antyrakietowa to kosmiczna linia Maginota« [Die Raketenabwehr ist eine Maginot-Linie im Weltall], in: *Gazeta Wyborcza*, 13.12.2005

Kuźniar, Roman, »Czy Polsce potrzebna jest amerykańska tarcza antyrakietowa?« [Braucht Polen wirklich die amerikanische Raketenabwehr?], in: *Gazeta Wyborcza*, 6.12.2005

Lewicki, Zbigniew, »Z tarczą Polska będzie bezpieczniejsza« [Mit der Raketenabwehr wird Polen sicherer], in: *Gazeta Wyborcza*, 8.12.2005

Miszczak, Krzysztof, »Niemcy i Polska wobec europejskiej polityki bezpieczeństwa« [Deutschland, Polen und die europäische Sicherheitspolitik], in: *Sprawy Międzynarodowe*, 58 (2005) 1, S. 79–109 (englische Version: »Germany, Poland and European Security Policy«, in: *The Polish Quarterly of International Affairs*, 14 [Winter 2005] 1, S. 81–108)

Osica, Olaf, »Wspólnota bezpieczeństwa czy koalicje chętnych?« [Sicherheitsgemeinschaft oder Koalitionen der Willigen?], in: *Nowa Europa. Przegląd Natoliński*, 2 (2005) 2, S. 109–129

Osica, Olaf, »Z tarczą czy na tarczy?« [Vom Schild geschützt oder unter dem Schild begraben?], in: *Rzeczpospolita*, 16.11.2005

Wagrowska, Maria, »Nie chować się za tarczą« [Sich nicht hinter der Raketenabwehr verstecken], in: *Rzeczpospolita*, 28.12.2005

Żurawski, Przemysław vel Grajewski, »Europejska polityka bezpieczeństwa i interwencji: stan, perspektywy, interesy Polski« [ESVP und Interventionen: Stand, Perspektiven und Polens Interessen], in: *Nowa Europa. Przegląd Natoliński*, 2 (2005) 2, S. 88–108

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2006
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6380